

Kritik

ECKHARD HÜBNER

NEUES LICHT AUF DIE SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK VOR DEM ZWEITEN WELTKRIEG?

Zum Aufsatz von Ivan Pfaff „Stalins Strategie der Sowjetisierung
Mitteleuropas 1935–1938. Das Beispiel Tschechoslowakei“

Die sowjetische Außenpolitik der Zwischenkriegszeit bietet immer noch einen breiten Interpretationsspielraum. Dies liegt z. T. an fehlendem bzw. unvollständigem Archivmaterial sowjetischer Provenienz, z. T. an der bewußt praktizierten Zweigleisigkeit der sowjetischen Politik, die sich zum einen auf den Schienen der Weltrevolution bewegte und zum anderen die konventionelle Diplomatie pflegte, z. T. an der ideologischen Voreingenommenheit bzw. Gebundenheit der Interpreten. Hinlänglich bekannt sind in dieser Hinsicht die Analysen marxistischer Historiker, die von einem durchgängigen Eintreten der Sowjetunion „für die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen“ und von einem nimmermüden Kampf „gegen imperialistische Aggressionen“ sprechen¹. Die neuere westliche Forschung zur sowjetischen Außenpolitik hat demgegenüber versucht, ein differenzierteres Bild der sowjetischen Außenpolitik zu entwerfen, Kontinuitäten, Veränderungen und Brüche zu erklären und zu einer quellenmäßig abgesicherten Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik zu gelangen².

Demgegenüber stellt die jüngste Veröffentlichung des tschechoslowakischen Historikers Ivan Pfaff, die vor geraumer Zeit in dieser Zeitschrift publiziert wurde, nach meinem Dafürhalten einen Rückschritt dar. Bereits der Titel des Aufsatzes „Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas 1935–1938. Das Beispiel Tschechoslowakei“³ läßt aufhorchen und zugleich eine erste Frage auftauchen: Bezeichnet nicht der Terminus „Sowjetisierung“ ein zeitlich wie inhaltlich fest umrissenes Phänomen, nämlich die Ausdehnung der sowjetischen Einflußsphäre auf die Staaten Ostmitteleuropas und die Installation kommunistischer, von Moskau abhängiger Regierungen, die in den Jahren

¹ Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, 1. Teil: 1917 bis 1945, hrsg. v. Boris N. Ponomarev, Berlin 1969, S. 17.

² Immer noch vorbildlich: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955, hrsg. v. Dietrich Geyer, Köln/Wien 1972. Dieser Beitrag stützt sich in vielfacher Hinsicht auf die Ausführungen von Dietrich Geyer und Hans-Adolf Jacobsen. Außerdem: Haslam, Jonathan, *The Soviet Union and the Struggle for Collective Security in Europe, 1933–39*, London 1984; Hochman, Jiri, *The Soviet Union and the Failure of Collective Security, 1934–38*, Ithaca/London 1984.

³ In: VfZ 38 (1990), S. 543–587. Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf diesen Aufsatz.

1944–1949 durchgeführt wurde? Und: Läßt sich dieser Terminus tatsächlich auch auf die sowjetische Mitteleuropapolitik in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ausdehnen⁴? Bei der Lektüre des Pfaff-Aufsatzes ergaben sich zahlreiche weitere Fragen, Einwände und Kritikpunkte, es entstand schließlich ein Bedürfnis nach Richtigstellung. Diesem soll im folgenden Rechnung getragen werden⁵.

Pfaff geht es in seinen Ausführungen darum nachzuweisen, daß die Sowjetunion während der gesamten Zwischenkriegszeit eine konstante außenpolitische Linie verfolgt habe, deren Ziel es gewesen sei, in den Ländern Mitteleuropas Gesellschafts- und Regierungssysteme nach sowjetischem Vorbild einzurichten. Es habe keinerlei Modifikation der sowjetischen Strategie gegeben, diese sei durchgängig auf „Sowjetisierung“ ausgerichtet gewesen. Seine Auffassung belegt Pfaff mit einer Vielzahl von Zitaten, die teils aus bereits publizierten Quellen, teils aus von ihm bearbeitetem Archivmaterial stammen. Er legt damit, so scheint es, eine aus der Primärliteratur erarbeitete Darstellung zur sowjetischen Außenpolitik in den dreißiger Jahren vor.

Die in dem Aufsatz enthaltene Neubewertung der sowjetischen Politik ist allerdings derart gravierend, daß man sich unwillkürlich fragt, ob denn eine ganze Historikergeneration die – publizierten – Quellen übersehen oder mißinterpretiert hat. Ein etwas genauerer Blick in die von Pfaff angeführten Dokumente offenbart jedoch etwas völlig anderes, nämlich eine sinnentstellende Auswahl von Textstellen und einen äußerst leichtfertigen Umgang mit Zitaten. Bevor diese Vorwürfe konkretisiert werden sollen, sind einige grundsätzliche Bemerkungen zu Pfaffs Umgang mit der Primär- und Sekundärliteratur angebracht (Diese Bemerkungen können sich nur auf die überprüfbaren Angaben beziehen. In den Fällen, in denen Pfaff sich auf Archivmaterialien stützt bzw. daraus zitiert, ist eine Verifikation nicht zu leisten; aufgrund des wenig zufriedenstellenden Umgangs mit den publizierten Quellen scheint jedoch auch in diesen Fällen ein gehöriges Maß an Skepsis angebracht.): Um einen Sachverhalt zu belegen, der in einem einzigen Satz dargestellt wird, sollte man nicht auf ein 204 Seiten starkes Werk verweisen⁶. Irreführend ist es, sich auf eine Darstellung zu beziehen, wenn dort mit keinem Wort der angesprochene Sachverhalt weiter ausgeführt wird⁷. Daß bei der Angabe von Daten und Seiten einmal ein Versehen unterlaufen kann, ist verständlich; die Häufung derartiger

⁴ Zur problembehafteten Periodisierung mittels des Begriffs „Sowjetisierung“ hat sich jüngst geäußert: Reiman, Michal, „Sowjetisierung“ und nationale Eigenart in Ostmittel- und Südosteuropa. Zu Problem- und Forschungsstand, in: Sowjetisches Modell und nationale Prägung, hrsg. v. Hans Lemberg, Marburg 1991, S. 3–9.

⁵ Neben der sowjetischen Außenpolitik behandelt Pfaff in seinem Aufsatz auch die Politik der tschechoslowakischen Regierung während des Jahres 1938. Dabei steht er vor allem dem Verhalten des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš betont kritisch gegenüber. In dieser Replik wird auf eine Auseinandersetzung mit den diesbezüglichen Thesen Pfaffs verzichtet.

⁶ S. 557, Anm. 64; ähnlich in den nächsten Anmerkungen und in Anm. 113.

⁷ Pfaff schreibt (S. 558, Anm. 74): „Über Molotows scharf antifranzösische Rede auf der Sitzung des Obersten Sowjet am 19. 1. 1938 vgl. Boris Celovsky, Das Münchener Abkommen 1938, Stuttgart 1958, S. 36.“ Bei Celovsky heißt es: „Molotows scharfe antifranzösische Rede sowie (...) waren zweifellos an Frankreich und Großbritannien gerichtet.“ Celovsky geht also mit keinem Wort auf den Inhalt der Rede Molotows ein.

Lapsus⁸ läßt auf fehlende Sorgfalt schließen. Wesentlich bedenklicher stimmt, daß Zitate nicht exakt mit dem Text in der angegebenen Fundstelle übereinstimmen⁹. Nicht mehr akzeptabel ist es, wenn in manchen Belegstellen der angesprochene Inhalt gar nicht aufzufinden ist¹⁰. Ebenso wenig hinnehmbar ist es schließlich, wenn Zitate und Paraphrasen derart aus dem Zusammenhang gerissen werden, daß ein völlig anderes Bild entsteht als in der Quelle. Dieser Vorwurf soll anhand einiger Beispiele, die gleichzeitig Pfaffs Sowjetisierungs-These korrigieren werden, ausführlicher belegt werden.

Pfaff beschäftigt sich in aller Ausführlichkeit mit einer sechzehnseitigen Gestapo-Aufzeichnung vom 10. November 1937, die von ihm als „sorgfältig ausgearbeitetes, konkretes Sowjetisierungsprogramm“ (S. 555) bezeichnet wird. In diesem Dokument wird über eine Rede des sowjetischen Kriegskommissars Vorošilov berichtet, die eine Beschreibung der Ziele und Methoden der sowjetischen Eroberung Mittel- und Westeuropas enthält. Zunächst werde die Rote Armee, so heißt es in dieser Aufzeichnung, „in nicht allzu ferner Zeit“ (S. 583) in die ČSR eindringen, sodann das Proletariat in Österreich, Ungarn, Rumänien und Polen befreien und schließlich in Frankreich einmarschieren. Im Kriegsfall und zur Aufrichtung der Volksherrschaft sei es gerechtfertigt, jedes Mittel anzuwenden, das Erfolg verspreche.

Um diesem Dokument, dessen zweifelhafte Herkunft Pfaff selbst zugesteht (S. 555), mehr Authentizität und den Aussagen Vorošilovs einen höheren Grad an Wahrscheinlichkeit zu verleihen, zieht Pfaff weitere Quellen heran. Pfaff behauptet – was der Gestapo-Aufzeichnung nicht zu entnehmen ist –, daß Vorošilov die Sowjetisierung der ČSR mittels Mißbrauchs einer militärischen Hilfeleistung der Sowjetunion für die Tschechoslowakei oder mittels Umfunktionierung eines Verteidigungskrieges in einen Bürgerkrieg habe realisieren wollen. Der Plan, durch einen „halb auswärtigen Krieg“, durch einen nach einem „Angriff von außen entfesselten Bürgerkrieg“ (S. 555) den Umsturz in der Tschechoslowakei herbeiführen zu können, habe nachweisbar bereits im Ja-

⁸ Anm. 32, 36, 61, 87, 106, 132.

⁹ S. 544: „Die Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur“, korrekt: „Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur“. S. 545: „für die Macht der Räte, für ein Sowjetrußland“, korrekt: „für die Macht der Räte, für ein Sowjetdeutschland“. S. 551: „die Sowjetunion wünsche nicht, in den nächsten europäischen Konflikt verwickelt zu werden, sondern trachte danach, die Rolle des Schiedsrichters in einem vom Krieg erschöpften Europa zu spielen“, korrekt: „Es [Rußland] will nicht in den kommenden europäischen Konflikt verwickelt werden. Es trachtet, gleich den Vereinigten Staaten im Jahre 1918, nach der Rolle des Schiedsrichters in einem Europa, das von einem erbarmungslosen Kriege erschöpft ist“. S. 552: „In diesen Zusammenhang gehört auch die Bemerkung Edens gegenüber dem polnischen Außenminister Beck Anfang Oktober 1935, niemand wolle eine aus dem Chaos hervorgegangene ‚Herrschaft Stalins in Europa‘“, korrekt: „A cela, M. Eden a répliqué avec vivacité qu'il est conservateur et qu'il ne souhaite nullement l'événement en Europe du règne de M. Litvinov“. Auf S. 564 zitiert Pfaff aus einem im Anhang seines Aufsatzes abgedruckten Protokoll. Ein Vergleich zwischen Text und Zitat offenbart eine Vielzahl von textlichen Veränderungen, nicht gekennzeichneten Auslassungen und eigenen Ergänzungen.

¹⁰ S. 551 die Titulescu-Äußerung; S. 563 die Nutznießer-These in den Aufzeichnungen Asthon-Gwatkins und Chilstons sowie Bonnets Kritik am Interesse des tschechoslowakischen Präsidenten an sowjetischer Hilfe; S. 565 die Suric-Rüge. Weitere Beispiele enthalten die folgenden Ausführungen.

nuar 1937 in Moskau existiert. Zur Bekräftigung seiner Behauptung zieht Pfaff in diesem Fall die Memoiren des amerikanischen Botschafters in Moskau Davies, heran, aus denen er auch die beiden obigen Zitate entnommen hat¹¹. Abgesehen davon, daß Pfaff auch hier ungenau zitiert, geht es Davies um einen völlig anderen Zusammenhang: Der amerikanische Botschafter berichtet von einem Gespräch, das er mit Nejman, dem Leiter der Dritten Westlichen Politischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums¹², geführt habe. Während dieser Unterredung habe Nejman (nicht Davies!) folgende Bemerkung gemacht: „Er hätte kürzlich aus Quellen, denen er vertraue, vernommen, Deutschland teile die Kriege, in die es geraten könne, in zwei Kategorien ein: auswärtige und halb auswärtige. Die Naziführer und die militärischen Sachverständigen, so hiesse es, seien der Meinung, daß Deutschland nicht vor 1938 bereit sein würde, einen rein auswärtigen Krieg zu führen, das will sagen einen Krieg, in dem ein Angriff von aussen nicht eine innere Erhebung auslösen würde. Aber es könne ohne viel Gefahr einen halb auswärtigen Krieg riskieren, das heisst einen, in dem ein Angriff von aussen den Bürgerkrieg in dem betreffenden Lande entfesseln würde.“ Davies berichtet hier also von Überlegungen, die in Deutschland angestellt worden sein sollen. Mit keinem Wort findet sich bei Davies eine Bestätigung dafür, daß Nejman, Vorosilov oder irgendein anderer sowjetischer Politiker sich diese Auffassung zu eigen gemacht hat. Es ist deshalb unverständlich, wie Pfaff in der Davies-Aufzeichnung einen Nachweis für seine Behauptung, Vorosilovs Ausführungen offenbarten die expansiven Absichten der sowjetischen Politik, gefunden haben will.

Wenig später (S. 556) bemüht sich Pfaff, Vorosilovs Äußerung, man werde eine „Volksrepublik Frankreich“ einrichten, durch andere Quellen zu untermauern. Er unterstellt erneut den Ausbruch eines mitteleuropäischen Krieges unter Beteiligung Frankreichs, den die Sowjetunion nutzen wolle, um „militärisch und machtpolitisch bis zum Ärmelkanal vorzurücken“. Pfaff fährt dann fort: „Der Vorbereitung einer derartigen Operation sollte offenbar der sowjetische Plan dienen, im Kriegsfall sowjetische Landtruppen in beträchtlicher Stärke nach Frankreich zu entsenden, den der Sowjetbotschafter in Paris, Potemkin, am 17. Februar 1937 im Quai d'Orsay überreichte“. Überprüft man die Quellen (soweit sie greifbar waren), die Pfaff als Beleg für diesen sowjetischen Plan anführt¹³, zeigt sich, daß die Fakten erneut unrichtig dargestellt werden. Bei den Gesprächen in Paris ging es u. a. um die Frage, auf welche Weise die Sowjetunion der CSR bzw. Frankreich bei einem deutschen Angriff Hilfe leisten könne. Die sowjetische Antwort bestand aus zwei Teilen: Sollten Polen und Rumänien der sowjetischen Armee den Durchmarsch gestatten, werde die Sowjetunion alle verfügbaren Truppen zur Ver-

¹¹ Davies, Joseph E., Als USA-Botschafter in Moskau, Zürich 1943, S. 41 ff.

¹² Diese von Davies übernommene Angabe war nicht zu verifizieren. Crowley, Edward (The Soviet Diplomatic Corps 1917–1967, Metuchen 1970, S. 15) bezeichnet allerdings einen Ch. S. Vajnberg als Leiter dieser Abteilung im Jahre 1937.

¹³ Gamelin, Maurice-Gustave, Servir, 3 Bde., Paris 1946–47, hier Bd. 2, S. 285ff. Les événements survenus en France de 1933 à 1945. Témoignages et documents, hrsg. v. Charles Serre, Bd. 9, Paris [1950], S. 2743.

fügung stellen. Andernfalls müsse die sowjetische Hilfeleistung gezwungenermaßen geringer ausfallen („sera forcément limitée“). Die UdSSR könne in diesem Fall auf dem Meeresweg Truppen nach Frankreich sowie Luftstreitkräfte in die Tschechoslowakei und nach Frankreich entsenden. Das Ausmaß dieser Hilfe müsse durch ein besonderes Abkommen zwischen den beteiligten Staaten festgelegt werden.

Es ist also nirgendwo von Truppen in „beträchtlicher Stärke“ die Rede, es bleibt Frankreich die Wahl über Art und Ausmaß der Hilfeleistung vorbehalten, vor allem aber handelt es sich hier um eine von Frankreich erbetene Präzisierung der sowjetischen Beistandsmöglichkeiten im Falle einer militärischen Auseinandersetzung. Daraus expansive Absichten der Sowjetunion gegenüber Frankreich ableiten zu wollen, ist abwegig. Pfaff allerdings geht noch weiter. Er behauptet, es sei die Absicht Moskaus gewesen, den Spanischen Bürgerkrieg auszunutzen, um in Katalonien eine Sowjetrepublik „als integralen Bestandteil der Sowjetunion“ (S. 556) einzurichten! Der Beleg für diese Behauptung, ein im Bundesarchiv befindlicher Informationsbericht, war nicht zu überprüfen; daß Pfaff aus diesem Bericht einen Ausschnitt in Zitatform wiedergibt (S. 556, Anm. 60), reicht angesichts seines Umgangs mit den Quellen nicht aus, denn außer der Behauptung, es handle sich „keineswegs um das Produkt der Phantasie Berliner Antikommunisten“ (S. 556), erfährt man nichts über Herkunft, Verfasser oder Zweck dieses Informationsberichts.

Überprüfbar sind aber diejenigen Quellen, die Pfaff wiederum heranzieht, um die aus dem Archivmaterial gewonnene Erkenntnis zu untermauern. Er beruft sich zunächst auf den amerikanischen Botschafter in Rom, Philips, der davon gesprochen habe, „daß Katalonien sich ‚zur schlimmsten kommunistischen Stelle mit unseligen Rückwirkungen auf sonstige Teile Europas‘ entwickeln werde. Es bestehe die Gefahr ‚eines kommunistischen Staates im Mittelmeer[!]‘, da die sowjetische militärische Präsenz in Spanien das Ziel verfolge, einen solchen Staat in Katalonien zu errichten“ (S. 556). In der angegebenen Fundstelle¹⁴ findet sich zunächst die sehr viel zurückhaltendere Bemerkung, „there is then the possibility that (...) Catalonia will become an intensely Communist sore spot which will continue to develop unfortunate repercussions in other parts of Europe“. Von sowjetischen Absichten, einen kommunistischen Staat in Katalonien zu errichten, ist in der Depesche keine Rede. Philips berichtet lediglich von einer Äußerung des italienischen Außenministers Ciano, daß Italien und Deutschland die Errichtung jedes kommunistischen Staates im Mittelmeergebiet verhindern würden. Ciano schenke aber einem Gerücht, daß mehrere tausend russische Soldaten auf dem Weg nach Barcelona seien, keinerlei Glauben.

Pfaff behauptet sodann (S. 556 f.), auch die amerikanischen Botschafter in Berlin und London hätten über „Vorbereitungen für die ‚Gründung eines Sowjetstaates im Mittelmeer‘“ sowie über Versuche zu berichten gewußt, „die Schaffung ‚eines unabhängigen katalonischen Staates‘ zu benutzen, um sich des neuen Staatsgebildes ganz zu bemächtigen“. Aus Berlin kam aber lediglich die Nachricht, daß Italien keinesfalls „the estab-

¹⁴ Foreign Relations of the United States (im folgenden FRUS) 1936, Bd. 2, Washington 1954, S. 544 f. und S. 548.

lishment of a Soviet regime on the Mediterranean“ hinnehmen könne¹⁵, und der Londoner Botschafter berichtete von der persönlichen Meinung eines seiner Informanten, daß die beste Lösung für Spanien eine lockere Föderation halb-autonomer Staaten sei und „that there were indications that one reason the Catalonians declared their independence was so that they might be in a position to negotiate if necessary some such settlement for themselves“¹⁶.

Nirgendwo findet die Behauptung, die UdSSR beabsichtige, eine Sowjetrepublik Katalonien als „integralen Bestandteil“ in den eigenen Staat zu inkorporieren, ihre Bestätigung. Es reicht m. E. nicht aus, hier von einer Über- oder Fehlinterpretation zu sprechen. Pfaff wählt nicht nur willkürlich Zitate aus, er gibt sie nicht nur unvollständig wieder, und reißt sie nicht nur aus dem Zusammenhang, sondern er stellt sie bewußt in einen völlig anderen Kontext. In seinem Bemühen, einem anrühigen Dokument ein größeres Maß an Glaubwürdigkeit und Seriosität zu verschaffen, scheut er nicht davor zurück, Quellen bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln.

Ein ähnlicher Befund gilt für Pfaffs Darstellung einer Äußerung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš, in der dieser erklärt haben soll, Deutschland beabsichtige, die UdSSR zu isolieren und daran anschließend eine deutsch-sowjetische Übereinkunft herbeizuführen, die eine Teilung Europas und die Zerstörung der Unabhängigkeit der Staaten Mitteleuropas zur Folge haben werde (S. 558). Pfaff entnimmt die Befürchtungen des tschechoslowakischen Staatspräsidenten einer Unterredung, die dieser im März 1938 mit dem amerikanischen Botschafter Carr geführt hat¹⁷. Er gibt den entscheidenden Abschnitt dieses Gesprächs in Anmerkung 73 als Zitat wieder. Kann die Paraphrase Pfaffs trotz einiger überzogener Formulierungen (von einer Teilung Europas ist in dem Zitat nicht die Rede) zunächst noch als akzeptabel gelten, so muß dieses Urteil nach einer Lektüre der Depesche Carrs revidiert werden, denn dort findet sich eine divergierende Aufzeichnung. Zur Verdeutlichung des Vorwurfs, Pfaff gehe mit Quellen nach eigenem Gutdünken um, seien die entsprechenden Passagen des Carr-Berichts und die „wortgetreue“ Wiedergabe bei Pfaff einander gegenübergestellt:

Pfaff: „Germany is trying to isolate Russia from Western Europe. If it should succeed in doing so, it would promptly turn round and endeavour to enter in an agreement with Russia. If this should be attended with success, all Central Europe would be at the mercy of these two Powers and the independence of the several states of this area would cease to exist.“

Carr: „He[Beneš] regards the maintenance of Franco-Czech relations with Russia a necessity to block Germany's efforts to isolate Russia and afterwards endeavor to effect a Russo-German agreement which if made would [threaten?]¹⁵ the independence of the Central European States and be highly injurious to the democratic powers.“

¹⁵ Ebenda, S. 560.

¹⁶ Ebenda, S. 550f.

¹⁷ Ebenda, 1938, Bd. 1, Washington 1955, S. 30f.

¹⁸ Dieser Klammerausdruck befindet sich im Original.

Ähnlichkeiten sind zwar unverkennbar, Pfaff gibt der Beneš-Äußerung aber eine anti-sowjetische Komponente, die im Original nicht vorhanden ist. Beneš geht es in seinem Gespräch mit Carr ausschließlich um eine Einschätzung der künftigen deutschen Politik. Diese könne zu einer Bedrohung für die mitteleuropäischen Staaten und die demokratischen Mächte werden, falls es zu einer deutsch-russischen Verständigung komme. Auf expansive Absichten der Sowjetunion geht Beneš mit keinem Wort ein; es ist deshalb eine Fehlinterpretation, aus dieser Äußerung zu schließen, daß der tschechoslowakische Staatspräsident „die Eigenständigkeit Mitteleuropas nicht nur im deutschen, sondern auch im sowjetischen Meer versinken“ sehe (S. 558).

Pfaff greift zur Unterstützung seiner Sowjetisierungsthese jeden Hinweis auf, der seine Auffassung auch nur andeutungsweise zu bestätigen scheint. So bemerkte der französische Premierminister Daladier im Mai 1938 während eines Privatgesprächs mit dem deutschen Botschafter¹⁶, daß ein moderner Krieg „die völlige Zerstörung der europäischen Kultur bedeuten“, daß in „die menschenleeren verödeten Kriegsgebiete (...) dann Kosaken- und Mongolenhorden einziehen“ würden. Daladier äußerte sich hier „als alter französischer Frontkämpfer“ ganz allgemein über die Schrecken eines Krieges in der Hoffnung, eine militärische Auseinandersetzung verhindern zu können. Die Sowjetunion erwähnte er während seiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter mit keinem Wort. Pfaff hingegen leitet die (erneut nicht exakte) Wiedergabe des Daladier-Zitates mit der Bemerkung ein, sie sei auf die „sowjetische Unterstützung der Tschechoslowakei gegen Hitler“ bezogen gewesen (S. 562).

Im Sommer 1938, als sich die Situation für die ČSR zuspitzte, herrschte eine weit verbreitete Ungewißheit über das Verhalten der Sowjetunion, insbesondere über die Frage, ob die UdSSR zu militärischem Beistand für die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs bereit sei. Pfaff zufolge waren sich westliche Beobachter zu dieser Zeit einig, „daß sowjetische Hilfe für die Tschechoslowakei mit deren Sowjetisierung identisch wäre“ (S. 562). Er belegt seine Behauptung mit einigen Äußerungen westlicher Diplomaten, darunter des deutschen Botschafters Schulenburg²⁰. Dieser habe „die deutliche Reduzierung der sowjetischen Hilfsbereitschaft mit dem Bestreben“ begründet, „am Schluß des Krieges über eine ‚intakte Armee‘ zu verfügen“ (S. 563). In der angegebenen Quelle ist aber weder von einer Verringerung des sowjetischen Hilfsangebots die Rede, noch stammen die Worte überhaupt von Schulenburg, sondern dieser gibt lediglich Äußerungen von französischen und englischen Botschaftsangehörigen wieder.

Die angeführten Beispiele belegen m. E. eindeutig, daß Pfaffs vermeintlich aus den Quellen erarbeitete Interpretation der sowjetischen Außenpolitik schon aufgrund seines bislang skizzierten Umgangs mit eben diesen Quellen äußerst anfechtbar ist. Selbst in den Passagen seines Aufsatzes aber, in denen Pfaff kein nachlässiger Umgang mit der Primärliteratur vorzuwerfen ist, scheint die Auswahl seiner Belegstellen und deren Deutung allzu einseitig ausgefallen zu sein. So dokumentiert Pfaff seine Auffassung, daß es über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg eine Kontinuität in der sowje-

¹⁹ Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Ser. D, Bd. II, Baden-Baden 1950, S. 258.

²⁰ Ebenda, S. 503.

tischen Außenpolitik gegeben hat, für die Zeit bis 1936 hauptsächlich mit Zitaten, die Proklamationen der Kommunistischen Internationale (Komintern) entnommen sind. Nun ist es unbestritten, daß die Richtlinien der Komintern-Politik im wesentlichen in Moskau festgelegt wurden. Wird daraus aber die Schlußfolgerung gezogen, die sowjetische Außenpolitik lasse sich in erster Linie mittels Stellungnahmen der Komintern-Führung, Thesen ihres Exekutivkomitees (EKKI) und Manifesten einzelner kommunistischer Parteien darstellen, so handelt es sich um eine unzulässige Vereinfachung. Die Verschiedenheit der Ansprechpartner, der Ziele und der Methoden, die zwischen Komintern-Politik und sowjetischer Außenpolitik gegeben war, verbieten ein derartiges Vorgehen.

Pfaffs grundsätzliche Ausführungen zum Verhältnis von Komintern und Moskauer Staatsführung sind zudem widersprüchlich. Spricht er anfangs völlig zu Recht von der „Dualität“, die zwischen der subversiven Tätigkeit der Komintern und der konventionellen russischen Diplomatie bestanden habe, die „der Sowjetführung eine außerordentliche Flexibilität und die Möglichkeit, zwischen Nahzielen und langfristigen Zielen zu unterscheiden“, gegeben habe (S. 543), so unterstellt er wenig später (S. 546) eine politische Kongruenz („daß sich die Komintern – und mithin die Sowjetführung – bezüglich Deutschlands ganz verfehlten Erwartungen hingab“), um kurz darauf zu behaupten, Beschlüsse des Politbüros seien „für die Sowjetpolitik allein verbindlich“ gewesen (S. 548). Letzteres ist zweifellos korrekt, nur verbietet es sich dann von selbst, mittels Erklärungen des EKKI angebliche Sowjetisierungspläne der Moskauer Regierung zu belegen.

Breiten Raum widmet Pfaff dem 7. Weltkongreß der Komintern (1935), der gemeinhin als Beginn einer neuen, unter dem Namen „Volksfront“ bekannten Politik der Komintern angesehen wird²¹. Der Kampf gegen Faschismus und Krieg sollte jetzt gemeinsam mit bürgerlichen Organisationen und demokratischen Regierungen geführt werden. Sicherlich besaß auch dieses Konzept ein offensives, auf die Umgestaltung der bürgerlichen Demokratien abzielendes Element, doch stand dieses nicht im Vordergrund. Wenn man aber, wie Pfaff, nur diejenigen Erklärungen und Parolen, die „leidenschaftliche Sowjetisierungsbekennnisse“ (S. 547) enthalten, zur Kenntnis nimmt, wird man den historischen Realitäten kaum gerecht. Die Politik der Komintern war seit 1935 in erster Linie darauf ausgerichtet, eine weitere Stärkung faschistischer Kräfte sowie den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Gleiches gilt für die sowjetische Außenpolitik. Ihre Aufgabe bestand Mitte der dreißiger Jahre darin, effektive Abschirmungsstrategien für das eigene Land zu entwickeln, die in der Lage waren, die innenpolitischen Umstrukturierungsprozesse nach außen hin abzusichern und gleichzeitig antisowjetischer Blockbildung vorzubeugen. Der Beitritt der UdSSR zum Völkerbund (1934), der Abschluß von Nichtangriffspakten mit den westlichen Nachbarstaaten sowie die Beistandsverträge mit Frankreich und der ČSR (1935) waren Bestandteile der vom sowjetischen Außenminister Litwinov verfolgten Politik der „kollektiven Sicherheit“. Litwinov suchte die Zusammenarbeit

²¹ Vgl. Carr, Edward H., *The Twilight of Comintern, 1930–1935*, New York 1982, S. 408–427.

mit denjenigen Staaten, die ebenfalls an einer Erhaltung des territorialen Status quo interessiert waren, ihm ging es darum, die zunehmend expansive und aggressive Politik Deutschlands und Japans einzudämmen. Die sowjetische Außenpolitik besaß zwischen 1935 und 1938 einen durchweg defensiven Charakter.

Pfaff hingegen unterstellt der sowjetischen Politik nach 1935 andere, offensive Zielsetzungen. Als Beleg für seine Auffassung führt er einen Politbürobeschuß vom 8. August 1935 an, dessen bislang unbekanntes Text er im Anhang veröffentlicht (S. 582 f.). Dieser Beschuß belegt nach Auffassung Pfaffs eindeutig, „daß von einer Abkehr Moskaus vom Sowjetisierungskurs gar keine Rede sein kann, daß die sowjetische Führung auch nach dem Sommer 1935 bestrebt blieb, in den mitteleuropäischen Staaten die Sowjetmacht zu errichten“ (S. 548). Unterzieht man dieses Dokument jedoch einer unvoreingenommenen Analyse, so ergibt sich ein anderer Befund: Nach zustimmenden Äußerungen zu den Ergebnissen des Komintern-Weltkongresses, die in der Tat weltrevolutionäre Parolen enthalten und von Pfaff ausführlich zitiert werden, folgt der Schwerpunkt des Beschlusses, die Aufgabenzuteilung an das Weltproletariat, und diese ist rein defensiver Natur: Vermeidung eines Krieges, Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Regierungen, Bildung einer mächtigen Staatenkoalition gegen Deutschland, Stärkung der Autorität des Völkerbundes, Unterstützung der regionalen Pakte zur gegenseitigen Hilfeleistung. Daß diese Ziele zweckbezogen waren, daß sie nur für eine bestimmte Zeit Gültigkeit besaßen und revidierbar waren, soll keineswegs geleugnet werden. 1935 aber, und auch in den folgenden Jahren, war dieser Zielkatalog auch die Handlungsmaxime für die sowjetische Außenpolitik²².

Nun geht es Pfaff in seinem Aufsatz im wesentlichen um „Das Beispiel Tschechoslowakei“, anhand dessen er die Moskauer Sowjetisierungspläne exemplarisch darstellen will. Unbestreitbar ist zunächst, daß die tschechoslowakische KP langfristig die bestehende Gesellschaftsform in der ČSR verändern wollte und daß sie sich dabei der Unterstützung der Komintern sicher sein konnte. Nochmals ist allerdings darauf hinzuweisen, daß sich in diesbezüglichen Absichtserklärungen und Zukunftsperspektiven häufig nur weltrevolutionäres Wunschdenken widerspiegelte, nicht aber die sowjetische Außenpolitik. Genau diese Verknüpfung allerdings stellt Pfaff her, wenn er den schon zitierten Vorošilov-Plan heranzieht, um „den wahren Kern und das Endziel dieser Aktivität [der] subversiven Komintern-tätigkeit in der ČSR“ (S. 554) aufzuspüren. Dieser methodische Ansatz kann nur in eine Sackgasse führen, er kann keine konkreten Aussagen über die Tätigkeit der KPČ erbringen. Deren Politik unterschied sich zwischen 1935 und 1938 nur unwesentlich von derjenigen anderer kommunistischer Parteien in Europa. Auch die KPČ trat jetzt staatsertreuend auf, sie suchte das Bündnis mit demokrati-

²² Eine ähnliche aus dem Zusammenhang gerissene und damit die Zielrichtung mißdeutende Darstellung (S. 558 f.) gibt Pfaff hinsichtlich der sowjetischen Außenpolitik im Februar 1938, die Stalin in einer Replik auf einen Leserbrief erläuterte (Extracts from an open Letter by Stalin on the Position of the Soviet State in a Capitalist Encirclement, in: *Soviet Documents on Foreign Policy*, hrsg. v. Jane Degras, 3 Bde., London/New York/Toronto 1951-53, hier Bd. 3, S. 273 ff. Pfaff gibt eine falsche Fundstelle an.

schen Kräften und wandte sich gegen eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Staatsgrenzen²⁰. Erst in der Endphase der Sudetenkrise, als es zu einer zunehmenden Destabilisierung der innertschecoslowakischen Verhältnisse kam, aktivierte die KPČ ihre revolutionäre Propaganda. Auf diese von Pfaff ausführlich geschilderten Vorgänge soll hier nicht näher eingegangen werden. Anzumerken bleibt aber, daß Pfaff die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten der KPČ nicht hinterfragt, daß er eine kommunistische Machtübernahme für durchführbar hält, ohne die Frage des dafür notwendigen Machtpotentials zu problematisieren²¹.

Einen weiteren Schwerpunkt der Darlegungen Pfaffs bildet, neben der Tätigkeit von KPČ und Komintern, die bereits einige Male gestreifte Frage, ob und wie die Sowjetunion der Tschechoslowakei Beistand für den Fall eines deutschen Angriffs leisten wollte. Über diese Problematik ist viel spekuliert und reflektiert worden, ohne daß bislang eine restlos zufriedenstellende Antwort gefunden worden wäre. Für Pfaff allerdings ist die Sachlage eindeutig: Eine Hilfeleistung zugunsten der demokratischen tschechoslowakischen Republik habe die Sowjetunion nie beabsichtigt, ein Eingreifen der Roten Armee wäre nur zugunsten einer „sowjetisierten“ ČSR erfolgt, bzw. um eine „Sowjetisierung“ herbeizuführen.

Die Problematik der sowjetischen Hilfeleistung für die ČSR ist vor dem Hintergrund des tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandsvertrages vom 16. Mai 1935 zu sehen²². Darin war die Beistandsverpflichtung der UdSSR an ein vorheriges militärisches Eingreifen Frankreichs gekoppelt. Zudem gestattete das Fehlen einer gemeinsamen Grenze zwischen der ČSR und der Sowjetunion keine unmittelbare militärische Aktion der UdSSR; notwendige Voraussetzung dafür war die Zustimmung von Seiten Polens und/oder Rumäniens zum Durchmarsch sowjetischer Truppen. Es hat zwischen 1935 und 1938 eine Reihe von Unterredungen französischer, tschechoslowakischer, polnischer, sowjetischer und rumänischer Politiker über diese Problematik gegeben; ihnen fehlte aber die Intensität, die nötig gewesen wäre, um zu einem im Sinne des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandsvertrages erfolgreichen Abschluß zu führen. Dies lag an der ablehnenden Haltung Polens und (etwas eingeschränkter) Rumäniens²³, sich in

²³ Vgl. Oschlies, Wolf, Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938), in: Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, hrsg. v. Karl Bosl, München/Wien 1975, S. 53–82, hier S. 78–81; ders., Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als politische Organisation 1920–1938, in: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, hrsg. v. Karl Bosl, München/Wien 1979, S. 155–186, hier S. 180.

²⁴ Am Rande sei auf einen Widerspruch hingewiesen, der ein bezeichnendes Licht auf Pfaffs Darstellungsweise wirft: Nahezu im gleichen Atemzug (S. 554) bezeichnet Pfaff den Sommer 1937 als „Zeit der intensivsten Entfaltung der Komintern-tätigkeit in der Tschechoslowakei“, aber auch als den Beginn einer verstärkten Tätigkeit der Komintern („In der Tschechoslowakei selbst aktivierte die Komintern ihre Arbeit erst ab Sommer 1937“).

²⁵ Text in: Die politisch-militärischen Pakte der Nachkriegszeit im Wortlaut, hrsg. v. Werner Berger, Erlangen 1936, S. 136–139.

²⁶ Die polnische Politik war während der gesamten Zwischenkriegszeit von einer antisowjetischen Komponente bestimmt. Regierung wie Öffentlichkeit lehnten jegliche Kooperation mit Moskau ab.

der Frage des Durchmarsches sowjetischer Truppen entgegenkommend zu zeigen, an dem im Westen verbreiteten Unbehagen, mit dem ideologischen Kontrahenten eine enge militärische Kooperation einzugehen, und an der Zurückhaltung der Sowjetunion, die sich nicht in eine einseitige Frontstellung gegen Deutschland hineindrängen lassen wollte.

Nach dem Anschluß Österreichs, mit dem die Bedrohung der ČSR trotz gegenteiliger deutscher Versicherungen massiv zugenommen hatte, gewann die Frage nach einer eventuellen Hilfeleistung der Sowjetunion für die Tschechoslowakei an Bedeutung. Es existieren eine Reihe von Stellungnahmen sowjetischer Politiker sowie von Gesprächsaufzeichnungen, in denen die UdSSR ihre fortbestehende Bereitschaft bekundete, im Rahmen der von ihr eingegangenen Verpflichtungen an einer Verteidigung der Tschechoslowakei mitzuwirken. Dies bedeutete im Klartext, daß erst nach einem französischen Eingreifen der casus foederis gegeben sei. Auf konkrete Fragen, wie sich denn eine sowjetische Hilfeleistung bewerkstelligen lassen werde, antwortete man eher ausweichend: Litwinov meinte, daß man „Mittel finden werde“²⁴, daß „sich schon ein Weg finden lassen würde“²⁵. Es scheint aber, daß es sowohl von sowjetischer wie von französischer Seite Kontakte zu Rumänien gegeben hat, um auszuloten, ob ein wirksamer sowjetischer Beistand zu realisieren sei²⁶. All diese Unterredungen blieben aber ergebnislos: Sie wurden von Frankreich nicht mit der notwendigen Energie vorangetrieben, sie wurden von Rumänien nur äußerst widerwillig und mit großem Vorbehalt geführt, sie besaßen für die Sowjetunion nur für den Fall Bedeutung, daß es zu einer umfassenden Anti-Hitler-Koalition kommen sollte. Trotzdem darf man nicht gänzlich über die Existenz derartiger Verhandlungen hinweggehen, wie dies bei Pfaff geschieht. Für ihn ist allein wichtig nachzuweisen, daß die Sowjetunion den Einsatz der Roten Armee zur Ausdehnung des eigenen Machtbereichs instrumentalisiert hätte.

Aus dieser Voreingenommenheit heraus ist es erklärlich, daß Pfaff die sowjetisch-französischen und die sowjetisch-tschechoslowakischen Kontakte, bei denen es um eine Präzisierung der sowjetischen Möglichkeiten, der ČSR Beistand zu leisten, ging, kaum erwähnt, dagegen ausführlich vermeintliche sowjetische Absichten, die Krise um die Tschechoslowakei auszunutzen, um militärisch gegen Polen vorzugehen, erörtert. Dabei unterstellt er sogar, daß „ein sowjetisches Vorgehen zur Okkupation Polens im Einvernehmen mit dem Dritten Reich“ (S. 561) beabsichtigt gewesen sei. Abgesehen davon, daß Pfaffs Interpretation ausschließlich auf den Memoiren des französischen Gesandten in Moskau, Coulondre, basiert²⁷, verkennt er zweierlei: 1938 war die Sowjetunion bemüht, in Übereinstimmung mit den Status-quo-Mächten, d. h. in erster Linie

Das rumänisch-sowjetische Verhältnis war durch den Konflikt über Bessarabien, dessen Zugehörigkeit zu Rumänien die Sowjetunion nicht anerkennen wollte, belastet.

²⁷ Documents on British Foreign Policy (im folgenden DBFP), Third Series, I, London 1949, S. 65.

²⁸ ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 184.

²⁹ FRUS 1938, Bd. 1, S. 500–504 und S. 587; Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 2^{ème} Série (1936–1939), t. IX, Paris 1974, S. 672; Celovsky, S. 205.

³⁰ Coulondre, Robert, Von Moskau nach Berlin 1936–1939, Bonn 1950, S. 221 f.

mit England und Frankreich, aggressive Tendenzen in der internationalen Politik einzudämmen und nicht, sich an ihnen zu beteiligen. Zudem hätte ein militärisches Vorgehen gegen Polen genau den Effekt erbracht, den man vermeiden wollte: eine Isolation der Sowjetunion, verbunden mit der Gefahr, sich einer umfassenden antikommunistischen Koalition gegenüberzusehen.

Hinzu kommt eine weitere Unwägbarkeit: Besaß die Rote Armee Mitte 1938 überhaupt die Fähigkeit zu größeren Offensivoperationen? Diese Frage ist nicht nur hinsichtlich eines eventuellen sowjetischen Vorgehens gegen Polen von Bedeutung, sondern in noch größerem Maß in bezug auf eine sowjetische Unterstützung der ČSR. Konnte die Rote Armee zu dieser Zeit effektiv Beistand leisten bzw. war sie – folgt man Pfaffs Argumentation – in der Lage, die „Sowjetisierung“ der Tschechoslowakei erfolgreich zu betreiben? Pfaff widmet dieser Problematik keinerlei Aufmerksamkeit, für ihn scheint festzustehen, daß die Schlagkraft der Roten Armee zur offensiven Kriegführung allemal ausreichend gewesen wäre (vgl. z. B. S. 556, 569, 574). Die Ergebnisse der „Säuberung“ innerhalb der Roten Armee wie die Aussagen von zeitgenössischen Beobachtern lassen daran jedoch erhebliche Zweifel aufkommen. Zwischen 1937 und 1938 verlor die sowjetische Armee drei ihrer fünf Marschälle, alle elf Stellvertreter des Verteidigungskommissars sowie alle Kommandeure der Militärdistrikte. Die Befehlshaber von Luftwaffe und Flotte verschwanden ebenso wie 13 der 15 Armee- und 56 der 85 Korpskommandeure. Mehr als die Hälfte der Divisions- und Brigadebefehlshaber wurden ersetzt. 39% des Offizierskorps vom Obersten an abwärts sollen Stalins Willkür zum Opfer gefallen sein²⁸. Auch wenn das ganze Ausmaß der „Säuberungen“ den auswärtigen Diplomaten nicht bekannt gewesen sein wird, dürfte ihre Skepsis bezüglich der Möglichkeiten der Roten Armee auf diesen umfangreichen personellen Veränderungen basieren. In ihren Analysen wird die sowjetische Armee als nur bedingt kampfbereit geschildert, es werden erhebliche Zweifel an ihrer Fähigkeit zur offensiven Kriegführung geäußert²⁹. Wenn diese Vermutungen zutreffen, und vieles spricht dafür, dann dürfte der Nutzen einer sowjetischen Hilfeleistung für die ČSR nur als sehr gering zu veranschlagen sein, dann dürfte die Sowjetführung schon aufgrund des Zustands der eigenen Armee zu einer Beteiligung an der Verteidigung der ČSR kaum bereit gewesen sein, vor allem aber wären dann alle militärischen Aktionen, ob in Spanien, Frankreich, Polen oder der Tschechoslowakei ein Hasardspiel gewesen, das der politischen Linie der sowjetischen Außenpolitik vollkommen widersprochen hätte.

Die Sowjetunion blieb im Spätsommer 1938 bekanntlich von einer Mitwirkung an den Gesprächen über die Sudetenkrise ausgeschlossen. Litvinovs diplomatische Aktionen stießen auf wenig Resonanz, über andere wirksame Einflußmöglichkeiten verfügte die Sowjetunion nicht. Pfaff allerdings meint, daß die Sowjetunion „auf dem Höhepunkt der Septemberkrise“ versucht habe, „ihre Absicht zur Sowjetisierung der Tschechoslowakei

²⁸ Zahlen nach Erickson, John, *The Soviet High Command. A Military-Political History 1918–1941*, London 1962, S. 505 f. Vgl. auch Niedhart, Gottfried, *Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939*, München 1972, S. 56–60.

²⁹ DBFP, Third Series, I, S. 161 und S. 306; ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 129.

in die Tat umzusetzen“ (S. 566). Er behauptet, ein „Schlüsseldokument“ zu besitzen, das seine Deutung untermauere. Dabei handelt es sich um einen Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Bräuer, vom 20. September 1938, den Pfaff in seinem Dokumentenanhang publiziert (S. 586 f.). In dieser Mitteilung gibt Bräuer die Aussagen eines Informanten über die Tätigkeit der Komintern in den letzten Wochen wieder. Allein dieser Hintergrund läßt Zweifel an der Berechtigung des Begriffs „Schlüsseldokument“ aufkommen, denn Auskünfte aus dritter Hand und von einem Ort, der weit entfernt vom Geschehen lag, müßten eher mit äußerster Zurückhaltung interpretiert werden. Bräuers Informant berichtet von Aktivitäten des Generalsekretärs der Komintern, Dimitrov, der sich seit dem 14. September in Prag aufhalte und dort innerhalb der „ultranationalistischen Kreise“ (S. 586) den Widerstand gegen jegliche Konzession in der sudetendeutschen Frage zu stärken suche. Dimitrovs Absicht sei es dabei nicht, das gegenwärtige politische System der Tschechoslowakei zu stabilisieren, sondern eine Situation zu schaffen, die es möglich mache, „das Weltrevolutionsprogramm der Komintern durchzuführen“ (S. 587). Nach dem Einmarsch der Roten Armee in die ČSR solle ein Rätssystem eingeführt werden, „um den ersten starken Stützpunkt und zugleich eine Entfaltungsbasis des Sowjetsystems in Zentraleuropa zu schaffen“ (S. 587).

Daß dieses Szenario eine gewisse Ähnlichkeit mit dem angeblichen Vorošilov-Plan aufweist, macht es nicht eben wahrscheinlicher. Zudem muß Pfaff selbst eingestehen, daß nicht einmal die Anwesenheit von Dimitrov in Prag als sicher gelten kann (S. 567, Anm. 112). Und schließlich ist der Zeitfaktor zu berücksichtigen: Wenn Dimitrov am 14. September 1938 in der tschechoslowakischen Hauptstadt eingetroffen sein soll, Bräuer aber bereits am 20. September über Dimitrovs Aktivitäten nach Berlin berichten konnte, so beschränkt sich Dimitrovs Wirkungsmöglichkeit auf maximal fünf Tage. Da er während dieser Zeit aber auch noch „zwischen der Tschechoslowakei und Polen hin und her“ (S. 586) gependelt sein soll, ist unerklärlich, wie er auch nur ansatzweise seine weitreichenden Aktivitäten verwirklicht haben könnte. Pfaff allerdings fechten diese Unklarheiten und Widersprüche nicht an. Er behauptet schlichtweg, „daß ‚nur‘ das Ausbleiben des deutsch-tschechoslowakischen Krieges die Sowjetunion daran hinderte, den von Dimitroff ausgeklügelten Plan zu realisieren“ (S. 567). Ein etwas kritischerer Umgang mit einem fragwürdigen Dokument wäre nicht nur an dieser Stelle wünschenswert gewesen.

Zuzustimmen ist Pfaffs Analyse der tschechoslowakischen Haltung in der Frage, ob eine ausschließliche Zusammenarbeit der ČSR mit der Sowjetunion der deutschen Aggression hätte Einhalt gebieten können. Beneš und die tschechoslowakische Regierung verneinten diese Möglichkeit. Ohne Unterstützung der Westmächte hatte nach ihrer Auffassung eine derartige Politik nur minimale Erfolgsaussichten, zumal man in Prag weder hinreichendes Vertrauen in die Zusagen der Sowjetführung noch in die militärische Schlagkraft der Roten Armee besaß. Zudem befürchtete man negative Auswirkungen auf die ohnehin schon labile innenpolitische Lage. Vor allem aber wollte man nicht den Anschein erwecken, als besäße Hitlers Vorwurf, die Tschechoslowakei sei ein „Flugzeugmutterschiff des Bolschewismus“, auch nur ein Mindestmaß an Berechtigung. Aus alledem lassen sich aber beileibe keine Beweise für expansive Absichten der

Sowjetunion konstruieren. Die Furcht der tschechoslowakischen Politiker basierte nicht auf Sowjetisierungsängsten, sie beruhte auf den zu erwartenden negativen Folgewirkungen für die Stellung der ČSR im internationalen System bei einer einseitigen Anlehnung an die Sowjetunion. Sowjetischer Beistand in Kooperation mit Frankreich oder im Rahmen einer multinationalen Aktion gegen Deutschland wäre für die ČSR durchaus akzeptabel gewesen. Die von Pfaff aufgeworfene Frage, ob die unter starkem Druck zustande gekommene tschechoslowakische Zustimmung zum Ultimatum der Westmächte vom 18. September 1938, das eine Abtretung des Sudetenlandes vorsah, „von der Sowjetisierungsgefahr mitbestimmt“ (S. 567) gewesen sei, ist somit zu verneinen. Es waren, wie Pfaff auch selbst darlegt (S. 568), außen- bzw. machtpolitische Gründe, die die ČSR zum Nachgeben zwangen.

Pfaff nimmt allerdings den Gedanken einer „Realisierung sowjetischer Hilfe“ (S. 574) wenig später wieder auf und versucht von einer vermeintlich weit verbreiteten Sowjetisierungsangst auf tatsächliche Moskauer Sowjetisierungsbestrebungen zu schließen. Dieser Ansatz durchzieht die Darstellung Pfaffs wie ein roter Faden. Es werden Zitate und Belege angehäuft, die in der Tat hervorragend geeignet sind, eine unter Diplomaten und Politikern verbreitete Furcht vor dem „bolschewistischen Rußland“, vor dem „Ausbreiten der Revolution“, vor dem „Vormarsch der Roten Armee“ zu dokumentieren. Dieser Tatbestand ist indes seit langem bekannt. Er gilt für die gesamte Zwischenkriegszeit, wobei die von stark irrationalen Elementen beeinflussten Befürchtungen vieler Politiker in den Anfangsjahren der Sowjetherrschaft stärker ausgeprägt waren als in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. Unbestreitbar ist auch, daß diese Ängste auf die Politikgestaltung vieler Staaten – in unterschiedlicher Form und Intensität – eingewirkt haben. Für die englische Politik hat Gottfried Niedhart diese Wechselwirkung in eindrucksvoller Weise herausgearbeitet³³.

Nun haben Impressionen, Einschätzungen, Befürchtungen und aus einem tief verwurzelten Antikommunismus herrührende Bewertungen zwar in der Imageologie einen berechtigt hohen Stellenwert, für die internationalen Beziehungen sind sie jedoch nur von eingeschränkter Bedeutung. Sie müssen in Beziehung gesetzt werden zu anderen außenpolitischen Dokumenten, ihre Aussagen sind kritisch zu hinterfragen, um ihren Wert bemessen zu können. Ansonsten kann es leicht zu einem Zirkelschluß kommen: Eine weit verbreitete Kommunistenfurcht unter westeuropäischen und amerikanischen Politikern schlägt sich in Gesandtenberichten, Memoiren und anderen Schriftstücken nieder, aus ihnen wiederum wird dann auf expansive Absichten der Sowjetunion geschlossen – ohne die genannten Quellen auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, ohne sie mit den außenpolitischen Gegebenheiten, mit den Gestaltungsmöglichkeiten und -absichten der sowjetischen Außenpolitik zu vergleichen. Bei Pfaff läßt sich genau diese Arbeitsweise feststellen. Eine der häufigsten von ihm gebrauchten sprachlichen Wendungen ist „Furcht vor“, und mit diesen Befürchtungen werden dann die Sowjetisierungsabsichten der Moskauer Führung belegt. Selbst in den Fällen, in denen

³³ Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion, S. 60–66.

Pfaff behauptet, auf sowjetische Quellen zu rekurrieren, widerlegt er sich selbst. So schreibt er z. B.: „In der letzten Woche der Septemberkrise taucht in sowjetischen Äußerungen immer häufiger ‚die spanische Variante‘ einer Verteidigung der Tschechoslowakei auf“ (S. 573). Was Pfaff dann aber als Belege anführt, sind im wesentlichen Äußerungen von Beneš und Angehörigen des tschechoslowakischen diplomatischen Apparats, also eben keine authentischen sowjetischen Erklärungen.

Paradox mutet Pfaffs Argumentationsweise allerdings an, wenn er die Bemühungen sowjetischer Politiker, Befürchtungen unter westlichen Diplomaten über eine unaufrichtige Haltung der Sowjetunion zu zerstreuen, als Beleg für tatsächliche Moskauer Sowjetisierungsbestrebungen anführt (S. 566). Seitenlang dokumentiert Pfaff diese Bedrohungsängste; werden sie jedoch von der sowjetischen Diplomatie in ihre Politikgestaltung einbezogen, hält Pfaff dies für einen Hinweis darauf, daß eine konkrete Bedrohung tatsächlich vorgelegen hat.

Unterzieht man Pfaffs Quellenstudium einer zusammenfassenden Betrachtung, so ist zu konstatieren, daß er drei Arten von Quellen heranzieht, um seine Sowjetisierungsthese zu untermauern: Es handelt sich dabei um Erklärungen der Komintern bzw. einzelner kommunistischer Parteien, um Aussagen von Diplomaten und Politikern sowie um bislang nicht publizierte, aus verschiedenen Archiven stammende Dokumente, die Pfaff z. T. im Anhang zu seinem Aufsatz der Öffentlichkeit zugänglich macht. Dieses Spektrum hätte durchaus zu einer differenzierteren, die bisherige Sichtweise modifizierenden Darstellung der sowjetischen Außenpolitik führen können. Pfaff allerdings ist es m. E. nicht gelungen, neue Erkenntnisse vorzulegen, die einer Überprüfung standhalten. Seine Arbeitsweise stellt sich mir als methodisch unsauber dar, ihr mangelt es an der Fähigkeit zur Quellenkritik, die interpretatorischen Ergebnisse scheinen vorgegeben. Sollte diese letzte Behauptung zutreffen, dann ist zu fragen, welches Ziel Pfaff mit seinem Aufsatz letztendlich erreichen will.

Es finden sich über den gesamten Text verstreut einige Hinweise auf den eigentlichen Zweck, den Pfaff mit der Publizierung seines Aufsatzes zu verfolgen scheint. So heißt es über den 5. Komintern-Kongreß (1924), dieser habe „ein Signal im Hinblick auf die langfristigen Hoffnungen Moskaus: auf territoriale Ausdehnung der UdSSR nach Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, wie sie zwischen 1939 und 1945 realisiert werden sollte“, gegeben (S. 544); das Dimitrov-Unternehmen wird als „konkreter Versuch“ bezeichnet, „die Situation von 1945 vorwegzunehmen“ (S. 567); die Politik der Sowjetunion und der KPČ unmittelbar vor dem Münchener Abkommen habe verdeutlicht: „Das Jahr 1945 bzw. 1948 war schon 1938 vorprogrammiert“ (S. 576). Pfaff geht es also nicht nur darum, eine Kontinuität der sowjetischen Außenpolitik zwischen 1918 und 1938 nachzuweisen, sondern er will diese Linie fortführen bis zum Jahr 1948. Er will belegen, daß die Errichtung der Volksdemokratien nach dem Zweiten Weltkrieg nicht auf einer substantiellen Veränderung der außenpolitischen Gegebenheiten und der sowjetischen Politikgestaltung beruhte, sondern daß es auch zwischen 1935 und 1938 zahlreiche derartige Versuche gegeben habe, daß also nach 1945 nur das erfolgreich umgesetzt wurde, was bereits in der Zwischenkriegszeit angelegt, jedoch nicht durchführbar gewesen war. Hier handelt es sich also um eine Deutung im Licht der Entwicklung

nach 1945. Ein derartiger, rückschließender interpretatorischer Ansatz erfordert ein Höchstmaß an Sensibilität gegenüber den Quellen, ein Offenlegen sowie ein intensives und wiederholtes Hinterfragen der eigenen Annahmen, eine detaillierte Auseinandersetzung mit der bisherigen Forschung sowie eine behutsame, abwägende Form der Darstellung. All dies scheint mir in dem Aufsatz von Pfaff nicht gegeben zu sein. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die vorgelegten Ergebnisse die Forschung über die sowjetische Außenpolitik in den dreißiger Jahren voranführen werden. Gerade dies aber wäre wünschenswert gewesen und bleibt es auch weiterhin, denn es existieren eine ganze Reihe noch offener Fragen, wie die nach der tatsächlichen Bereitschaft der Sowjetunion zu einem militärischen Eingreifen zugunsten der ČSR; es gilt noch manche Unklarheit und manchen Widerspruch aufzuklären. Niemand wird behaupten wollen, daß sich die UdSSR trotz der von ihr betriebenen Politik der „kollektiven Sicherheit“ nicht andere Optionen offengehalten hat. Um diese Möglichkeiten aber angemessen darstellen zu können, bedarf es mehr als einer These, die mit bedingungslosen Hingabe, aber ohne das Werkzeug und die Akkuratess eines Wissenschaftlers verfolgt wird.